

An
Kämmerei - 20.1 -

Genehmigung bzw. Antrag auf Genehmigung einer


überplanmäßigen Aufwendung / Auszahlung gem. § 100 HGO

außerplanmäßigen Aufwendung /

Auszahlung gem. § 100 HGO

überplanmäßigen / außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 102 HGO

Antragsteller/in:

Amt: Kämmerei	Sachbearbeiter/in: Gernandt	Nst.: 1168	Datum: 19.02.15
Die Voraussetzungen des § 100 bzw. 102 HGO sind gegeben.		Unterschrift  Amtsleiter/in	

Kostenträger Code: 0101080300	Sachkonto Nummer: 7420000	in Höhe von EUR 265.000,-- €
Invest. Nr.:	Invest. Bez.:	

DECKUNGSVORSCHLAG (evtl. auf gesondertem Blatt fortsetzen)

Kostenträger Code: 0101080300	Sachkonto Nummer: 5610000	in Höhe von EUR 265.000,-- €
Invest. Nr.:	Invest. Bez.:	

Begründung (bitte ausführlich, ggf. Beiblatt verwenden, bitte auch Deckungsvorschlag erläutern):

Die Universitätsstadt Gießen führt auf Gewinnausschüttungen ihrer Tochterunternehmen SWG AG und Wohnbau Gießen GmbH Kapitalertragssteuer mit einem verminderten Steuersatz von 15 % zzgl. 5,5 % Solidaritätszuschlag an das Finanzamt ab, soweit diese Beteiligungen im steuerrechtlichen Hoheitsbereich gehalten wird. Basierend auf den Gewinnausschüttungen im Haushaltsjahr 2014 ergibt sich eine steuerliche Belastung in Höhe von rd. 453,4 T€ im Jahr 2014.

Werden diese Beteiligungen einem defizitären Betrieb gewerblicher Art (BgA) aus dem unternehmerischen Bereich der Universitätsstadt Gießen zugeordnet, der ein privilegiertes Dauerverlustgeschäft nach § 8 Abs. 7 KStG ausübt, kann diese Steuerbelastung vermieden werden. Ein solches Dauerverlustgeschäft liegt vor, wenn die Stadt z. B. aus sozial- oder bildungspolitischen Gründen eine wirtschaftliche Betätigung ohne Kostendeckung unterhält. Dies ist bei den städtischen Kindertagesstätten der Fall. Es besteht also eine steuerrechtliche Gestaltungsmöglichkeit. Durch die Nutzung der Gestaltungsmöglichkeit kann die Steuerbelastung reduziert oder vollständig vermieden werden. Deshalb wurden die genannten Beteiligungen ab dem 01.01.2014 dem BgA „Kindertagesstätten“ zugeordnet.

Das führt zunächst zu einer Besteuerung der Gewinnausschüttungen mit dem normalen Satz von 25 % zzgl. 5,5 % Solidaritätszuschlag im Jahr 2014 in Höhe von rd. 755,5 T€, da die Beteiligungen jetzt im unternehmerischen Bereich der Stadt gehalten werden. Im Jahr 2015 erfolgt dann, aufgrund des defizitären Betriebs der Kindertagesstätten, die Erstattung des gesamten gezahlten Steuerbetrages durch das Finanzamt im Rahmen der Körperschaftssteuererklärung. Für das Jahr 2014 kann somit nach entsprechender Steuererklärung davon ausgegangen werden, dass die Steuerbelastung insgesamt erspart werden kann. Damit wird im Ergebnis eine Verbesserung der Haushaltssituation der Stadt Gießen um 453,4 T€ erreicht.

Im Zuge der Haushaltsaufstellung 2014 im Jahr 2013 war diese Steueroptimierungsmöglichkeit der Kämmerei nicht bekannt, budgetiert waren lediglich 453,6 T€ Steueraufwendungen auf Basis des verminderten Steuersatzes von 15 %. Durch die Nachversteuerung mit dem normalen Steuersatz von 25 % erhöhen sich die Steueraufwendungen um rd. 302,1 T€, abzgl. noch im Budget vorhandener Deckungsmittel verbleibt ein zu deckender Betrag von rd. 265,0 T€.


Aus den genannten Gründen sind die Aufwendungen unvorhergesehen und unabweisbar, die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen aus der Beteiligung an verbundenen Unternehmen.

Entscheidung

gem. Ziff. 2.9. der „Dienstanweisung zur Ausführung des Haushalts“

<input type="checkbox"/> Amtsleiter/in	<input type="checkbox"/> Amtsleiter der Kämmerei	<input type="checkbox"/> Oberbürger- meisterin	<input type="checkbox"/> Magistrat	<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung
üpl. u. apl. Aufwendungen/ Auszahlungen bzw. üpl. u. apl. Verpfl.ermächtigungen				
bis 1.000,-- EUR	1.001,-- EUR bis 10.000,-- EUR	10.001,-- EUR bis 25.000,-- EUR	25.001,-- EUR bis 50.000,-- EUR	über 50.000,-- EUR und soweit <u>Deckung nicht</u> gewährleistet ist.
genehmigt, Gießen _____				
Unterschrift				
Amtsleiter/in/Oberbürgermeisterin				
		Revisionsamt - 14 - zur Kenntnis		
		Unterschrift und Datum		

(wird von 20.1 ausgefüllt)

(wird von 20.1 ausgefüllt)	Datum und Handzeichen
<input checked="" type="checkbox"/> geprüft 19. Feb. 2015  <input type="checkbox"/> gebucht	
<input type="checkbox"/> Magistrats- bzw. Stadtverordnetenvorlage erstellt	
<input type="checkbox"/> über Büro der Stadtverordnetenversammlung dem Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss zur Kenntnis	